

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Bettina Herlitzius, Daniela Wagner, Stephan Kühn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/2555 –

Zukunft der Städtebauförderung

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Städte und Gemeinden in Deutschland stehen vor großen Herausforderungen – die Städtebauförderung hat sich dabei als erfolgreiches Instrument bewährt.

Im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung des Deutschen Bundestages kündigte der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Dr. Peter Ramsauer eine Halbierung der Finanzmittel der Städtebauförderung im kommenden Haushaltsjahr an. Im Jahr 2010 wurden für die Städtebauförderung insgesamt 615 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, wobei diese schon einer Kürzung von 10 Prozent unterlagen. In der angespannten Haushaltslage von Ländern und Gemeinden können die fehlenden Bundesmittel nicht durch die Länder oder Gemeinden ausgeglichen werden. Dadurch ist auch eine Kürzung der Komplementärfinanzierung zu erwarten. Somit ist ein Investitionsvolumen von bis zu 4,9 Mrd. Euro in 2011 von Streichung bedroht.

Eine solche Kürzung gefährdet nicht nur den bisherigen Erfolg der Städtebauförderprogramme und lässt Städte und Gemeinden in finanzschwachen Zeiten mit den Herausforderungen des Klima- und demografischen Wandels alleine, sondern schwächt darüber hinaus auch die regionale Wirtschaftskraft. Außerdem wird die Planungssicherheit für Kommunen und Unternehmen in der Stadtentwicklung stark eingeschränkt. Denn neue Projekte in der Stadtentwicklung haben damit keine Finanzierungssicherheit mehr und selbst bereits laufende Stadtentwicklungsmaßnahmen erfahren eine finanzielle Unsicherheit.

1. Wie sollen die einzelnen Städtebauförderprogramme im Haushaltsjahr 2011 und in den Folgejahren bis 2014 finanziell ausgestattet werden, und in welcher Höhe werden die Finanzmittel der einzelnen Programme auf die Bundesländer verteilt (bitte nach Programmen, Jahren und Bundesländern aufschlüsseln)?

Im Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2011 sind insgesamt 305 Mio. Euro Programmmittel für den Titel „Förderung des Städtebaus“ vorgesehen. Den ein-

zelen Programmen der Städtebauförderung und den Ländern sind bisher noch keine Finanzmittel zugeordnet.

2. Wie hoch war der Mittelabfluss im Jahr 2009 und im ersten Halbjahr 2010 in den einzelnen Programmen (bitte nach Programmen, Jahren und Bundesländern aufschlüsseln)?

Programme Städtebauförderung	Mittelabfluss in Euro	
	per 31. 12. 2009	per 30. 06. 2010
Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen – West	84 091 313,68	24 027 420,25
Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen – Ost	95 754 028,27	9 959 795,67
Städtebaulicher Denkmalschutz – Ost	98 364 645,75	12 597 450,78
Städtebaulicher Denkmalschutz – West	1 811 613,00	2 110 150,00
Soziale Stadt	107 747 813,23	15 331 589,29
Stadtumbau – West	54 458 674,70	14 647 991,15
Stadtumbau – Ost	98 252 009,02	19 894 383,32
Aktives Stadt- und Ortsteilzentren	11 632 142,00	3 974 343,15
Kleinere Städte und Gemeinden	–	0,00
gesamt	552 112 239,65	102 543 123,61
Länder	Mittelabfluss in Euro	
	per 31. 12. 2009	per 30. 06. 2010
Baden-Württemberg	60 564 072,00	17 162 269,00
Bayern	40 014 000,00	14 035 000,00
Berlin	33 451 000,00	3 922 295,03
Brandenburg	52 229 000,00	3 170 000,00
Bremen	3 063 259,00	696 229,00
Hamburg	4 942 000,00	0,00
Hessen	17 721 713,98	6 653 818,38
Mecklenburg-Vorpommern	31 489 000,00	9 454 208,43
Niedersachsen	18 829 118,57	5 525 391,70
Nordrhein-Westfalen	60 748 000,00	4 745 748,47
Rheinland-Pfalz	9 908 000,00	5 219 000,00
Saarland	3 776 881,49	392 936,55
Sachsen	112 810 245,80	7 907 338,39
Sachsen-Anhalt	48 719 400,00	11 145 072,43
Schleswig-Holstein	9 778 000,00	77 375,00
Thüringen	43 220 787,80	12 199 923,06
Begleitforschung	847 761,01	236 518,17
gesamt	552 112 239,65	102 543 123,61

Im Programmjahr 2009 lag der Mittelabfluss über dem Soll, in allen Programmen der Städtebauförderung wurden Ausgabereste abgebaut.

Der Mittelabfluss im ersten Halbjahr eines Programmjahrs ist üblicherweise gering. Trotz des späten Inkrafttretens des Bundeshaushalts liegt der Mittelabfluss 2010 aber über dem Durchschnitt und ist damit ein Zeichen für einen weiteren Abbau von Ausgaberesten.

3. Wie beurteilt die Bundesregierung die sich aus der angekündigten Kürzung der Finanzmittel für die Städtebauförderung in Zukunft ergebenden Folgen für Städte und Gemeinden in Deutschland und für die einzelnen Bundesländer?
4. Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung insbesondere aus der angekündigten Kürzung der Finanzmittel der Städtebauförderung für das Städtebauförderprogramm „Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen – Ost“, und welche Auswirkungen werden daraus für die einzelnen Bundesländer erwartet (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
5. Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung insbesondere aus der angekündigten Kürzung der Finanzmittel der Städtebauförderung für das Städtebauförderprogramm „Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen – West“, und welche Auswirkungen werden daraus für die einzelnen Bundesländer erwartet (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
6. Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung insbesondere aus der angekündigten Kürzung der Finanzmittel der Städtebauförderung für das Städtebauförderprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz – Ost“, und welche Auswirkungen werden daraus für die einzelnen Bundesländer erwartet (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
7. Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung insbesondere aus der angekündigten Kürzung der Finanzmittel der Städtebauförderung für das Städtebauförderprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz – West“, und welche Auswirkungen werden daraus für die einzelnen Bundesländer erwartet (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
8. Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung insbesondere aus der angekündigten Kürzung der Finanzmittel der Städtebauförderung für das Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“, und welche Auswirkungen werden daraus für die einzelnen Bundesländer erwartet (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
9. Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung insbesondere aus der angekündigten Kürzung der Finanzmittel der Städtebauförderung für das Städtebauförderprogramm „Stadtumbau Ost“, und welche Auswirkungen werden daraus für die einzelnen Bundesländer erwartet (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
10. Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung insbesondere aus der angekündigten Kürzung der Finanzmittel der Städtebauförderung für das Städtebauförderprogramm „Stadtumbau West“, und welche Auswirkungen werden daraus für die einzelnen Bundesländer erwartet (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
11. Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung insbesondere aus der angekündigten Kürzung der Finanzmittel der Städtebauförderung für das Städtebauförderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“, und welche Auswirkungen werden daraus für die einzelnen Bundesländer erwartet (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
12. Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung insbesondere aus der angekündigten Kürzung der Finanzmittel der Städtebauförderung für das Städtebauförderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“, und welche Auswirkungen werden daraus für die einzelnen Bundesländer erwartet (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

21. Wie soll der dringend notwendige Stadtumbau in Ost- und Westdeutschland in erforderlichem Maß fortgesetzt werden, wenn die Programmmittel nicht verstetigt oder aufgestockt, sondern im Gegenteil sogar gekürzt werden sollen?

Die Fragen 3 bis 12 und 21 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Kürzung der Mittel zur Städtebauförderung erfolgt vor dem Hintergrund der aktuellen Konsolidierungsmaßnahmen zum Bundeshaushalt. Die Mittelkürzungen ziehen, sofern sie nicht durch erhöhte Kofinanzierungen der Länder ausgeglichen werden, einen gewissen Rückgang der kommunalen Investitionen nach. Dies stellt jedoch keine Einstellung der Förderung der Stadtentwicklung dar. Dies gilt für alle bestehenden Programme der Städtebauförderung. Die besonderen demografischen Herausforderungen werden bei den städtebaulichen Förderprogrammen auch künftig angemessen berücksichtigt. Aussagen zur Wirkung auf die einzelnen Bundesländer sind nicht möglich.

13. Wird die Bundesregierung wie bereits angekündigt die Programme der Städtebauförderung gezielter bündeln und effizienter machen?

Wenn ja, an welcher Stelle, und welche Programme werden davon betroffen sein?

Die Wirkungen der Kürzung werden derzeit vom Bund mit den Ländern und kommunalen Spitzenverbänden diskutiert. Dies entspricht der guten partnerschaftlichen Tradition. Im Rahmen dieser Diskussion werden auch die Aufgaben und Ziele der Programme eine wichtige Rolle spielen, damit den Städten und Gemeinden auch in Zukunft wirkungsvolle Instrumente für die Anpassung an den wirtschaftlichen, sozialen und demographischen Wandel zur Verfügung stehen.

14. Sind aufgrund der angekündigten Kürzung der Städtebauförderung bereits laufende bewilligte Stadtentwicklungsprojekte gefährdet?

Wenn ja, welche (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln), und wie wird die Bundesregierung Planungssicherheit für bereits bewilligte und laufende Projekte sicherstellen?

15. Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung aus der angekündigten Kürzung der Finanzmittel der Städtebauförderung für neue Stadtentwicklungsprojekte und Initiativen?

16. Wie will die Bundesregierung Planungssicherheit für die geförderten Städte und Gemeinden sowie für die Unternehmen und Bauherren der Stadtentwicklung schaffen, wenn die Förderprogramme so drastisch gekürzt werden?

Die Fragen 14 bis 16 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Sofern geringere Fördermittel des Bundes nicht durch erhöhte Landesmittel ausgeglichen werden, wird bei einer unbekanntem Anzahl bereits laufender Maßnahmen eine zeitliche Streckung oder Verschiebung notwendig sein. Welche Maßnahmen konkret betroffen sein werden, entscheiden die Länder in eigener Zuständigkeit. Entsprechende Planungen der Länder sind dem Bund bisher nicht bekannt. Neue Städtebaufördermaßnahmen werden nur noch in begrenzter Anzahl möglich sein – auch hierüber entscheiden die Länder. Städtebauliche Maßnahmen können aber auch trotz zeitlicher Streckungen oder Verschiebung weiterhin geplant und durchgeführt werden.

17. Wie beurteilt die Bundesregierung ihre Aufgabe im Rahmen der Städtebauförderung bei der Bewältigung der Herausforderungen durch Klimawandel und demografischen Wandel vor dem Hintergrund dieser massiven Kürzung der Städtebauförderung?
18. Wie sollen die dringend notwendigen Anpassungen der Städte und Gemeinden an die Herausforderungen von demografischem Wandel und Klimawandel vorangetrieben werden, und wie sollen diese Anpassungen finanziert werden, wenn sich der Bund so stark aus der Förderung zurückzieht?
20. Wie will die Bundesregierung den im Stadtentwicklungsbericht 2008 als notwendig angesehenen Investitionsbedarf in Höhe von 64 Mrd. Euro realisieren, wenn jetzt das ohnehin schon geringe Städtebaufördervolumen weiter gekürzt wird?

Die Fragen 17, 18 und 20 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Bundesregierung ist der hohe Förderbedarf in den Kommunen bekannt. Der Bund bekennt sich ausdrücklich zur Fortführung der Städtebauförderung und wird die Städte und Gemeinden – soweit es die Haushaltslage des Bundes zulässt – auch künftig bei der Bewältigung des wirtschaftlichen, sozialen, demographischen und ökologischen Wandels unterstützen.

19. Ist sich die Bundesregierung der Tatsache bewusst, dass ein Ausstieg aus der sozialen Stadtentwicklung und dem Programm „Soziale Stadt“ die soziale Abwärtstendenz in Problemquartieren verstärken wird und es für die Bewohner und Akteure in den betroffenen Quartieren immer schwerer wird, Wege aus dieser Abwärtsspirale zu finden, unter anderem weil auch die lokale Konjunktur darunter leidet, und wie will die Bundesregierung mit der zunehmenden Tendenz des gesellschaftlichen Auseinanderdriftens und sozialräumlichen Segregation umgehen?

Mit dem Bund-Länder-Programm Soziale Stadt werden städtebaulich, wirtschaftlich und sozial benachteiligte Stadtquartiere stabilisiert und die Lebensbedingungen verbessert, indem bewusst städtebauliche Investitionen mit sonstigen Maßnahmen verbunden werden, mit dem Ziel, die soziale Stadtentwicklung als eine fachübergreifende Daueraufgabe zu etablieren.

Der Bund wird – soweit es die Haushaltslage zulässt – auch in Zukunft Städte und Gemeinden bei der sozialen Stadtentwicklung unterstützen und die Städtebauförderung als partnerschaftliches Förderinstrument von Bund, Ländern und Kommunen fortsetzen.

22. In welcher Höhe wurden in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010 private und weitere öffentliche Investitionen in die Stadtentwicklung durch die Bundesmittel der Städtebauförderung ausgelöst (bitte nach Haushaltsjahren und nach öffentlichen bzw. privaten Investitionen sowie den einzelnen Programmen und Bundesländern aufschlüsseln)?

Die konkreten ausgelösten Folgeinvestitionen der Städtebauförderung sind der Bundesregierung im Einzelnen nicht bekannt. Nach einem Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) aus dem Jahre 2004 wurden jedoch für Gesamtdeutschland ein Anstoßeffekt der Städtebauförderung vom 6,4fachen auf private Investitionen und ein Faktor von 8,5 auf das öffentliche und private Bauvolumen ermittelt. Da sich das Gutachten bis zum Jahr 2004 bezieht, evaluiert die Bundesregierung derzeit die Investitions- und Investitionsfolgewir-

kungen der Städtebauförderung, um aktuelle Entwicklungen abbilden zu können. Konkrete Aussagen zu den Anstoßeffekten sind mangels Abschlusses dieser Evaluierung noch nicht möglich.

23. Sieht die Bundesregierung Auswirkungen aus der angekündigten Kürzung der Städtebauförderung für die Höhe der privaten Investitionen in die Stadtentwicklung, und wie will sie mit diesem Problem umgehen?
24. In welcher Höhe erwartet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang ausbleibende Einnahmen aus der Umsatz-, Lohn- und Mehrwertsteuer?

Die Fragen 23 und 24 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Im Rahmen weniger zur Verfügung stehender Fördermittel werden laufende Maßnahmen zeitlich gestreckt bzw. verschoben werden müssen, vgl. Antwort zu den Fragen 14 und 15. Welche konkreten Wirkungen sich daraus für private Investitionen ergeben, ist der Bundesregierung nicht bekannt. Konkrete Aussagen zu eventuellen steuerlichen Mindereinnahmen sind daher ebenfalls nicht möglich.

25. Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Arbeitsplätze durch die Programme der Städtebauförderung in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010 geschaffen bzw. gesichert wurden bzw. werden (bitte nach Haushaltsjahren aufschlüsseln)?
26. Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung aus der angekündigten Kürzung der Städtebauförderung für diese Arbeitsplätze?

Die Fragen 25 und 26 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die konkrete Anzahl der in den letzten Jahren geschaffenen oder gesicherten Arbeitsplätze ist der Bundesregierung nicht bekannt. Die Arbeitsplatzwirkung wird jedoch im Rahmen der genannten Evaluierung der Anstoßwirkung der Städtebauförderung (vgl. Antwort zu Frage 22) ebenfalls berücksichtigt.

Der geminderte Einsatz von Fördermitteln wird unter Umständen auch Auswirkungen für den Arbeitsmarkt haben. Die konkreten Auswirkungen sind jedoch nicht quantifizierbar.

27. Liegen zu den einzelnen Städtebauförderprogrammen aktuelle Evaluierungsberichte vor?
Wenn ja, für welche Programme, und was sagen diese über den Finanzbedarf der Programme aus, und werden diese Ergebnisse in die aktuellen Haushaltsberatungen einbezogen (bitte nach Programmen aufschlüsseln)?

Die Evaluierung des Programms Stadtumbau Ost wurde im Mai 2008 abgeschlossen. Im Ergebnis der Evaluierung empfehlen die Gutachter und die Lenkungsgruppe, das Programm bis zum Jahr 2016 fortzuführen. Die Gutachter und die Lenkungsgruppe halten den Rückbau von weiteren 200 000 bis 250 000 Wohnungen für erforderlich. Der Deutsche Bundestag hat am 19. Juni 2009 den Antrag „Programm Stadtumbau Ost – Fortsetzung eines Erfolgsprogramms“ beschlossen und einen finanziellen Rahmen gefordert, mit dem die oben genannten Aufgaben bewältigt werden können (Bundestagsdrucksache 16/12284).

Die Programme „Städtebaulicher Denkmalschutz in den neuen Ländern“ sowie „Stadtumbau West“ werden derzeit evaluiert.

